

Die New York Times befürchtet, dass die USA und die NATO in Libyen den Islamisten zur Macht verhelfen und damit den Bock zum Gärtner machen könnten.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 169/11 – 03.10.11

Der wachsende Einfluss von Islamisten wirft Fragen zur Zukunft Libyens auf

Von Rod Nordland und Davic D. Kirkpatrick
The New York Times, 14.09.11

(<http://www.nytimes.com/2011/09/15/world/africa/in-libya-islamists-growing-sway-raises-questions.html?pagewanted=all>)

TRIPOLIS, Libyen – Der einflussreichste Politiker in der Nach-Gaddafi-Ära Libyens könnte **Ali Sallabi** (s. <http://blogs.aljazeera.net/liveblog/libya-aug-4-2011-1856>) werden, der bisher zwar keine offizielle Funktion hat, aber großes Ansehen als islamischer Gelehrter und populistischer Redner genießt und maßgeblich an der Auslösung des Massenaufstandes beteiligt war.

Zum mächtigsten Militärführer ist **Abdel Hakim Belhaj** aufgestiegen (s. <http://www.nytimes.com/2011/09/02/world/africa/02islamist.html>), der früher Anführer einer militanten Gruppe war, die in Verbindung mit Al-Qaida gestanden haben soll.

Wegen des wachsenden Einflusses von Islamisten in Libyen erhebt sich die schwierige Frage, welche Richtung die Regierung und die Gesellschaft dieses Landes nach dem Ende der Alleinherrschaft Gaddafis einschlagen werden. Vertreter der USA und der neuen Führung Libyens äußerten, die Islamisten seien eine gut organisierte Gruppe in einem Land mit überwiegend gemäßigter Bevölkerung und hätten signalisiert, sich in einen demokratischen Pluralismus einfügen zu wollen. Es gebe keinen Grund, an dieser Aussage zu zweifeln.

Wie in Tunesien und Ägypten richtete sich auch der jüngste Aufstand des Arabischen Frühlings (in Libyen) gegen einen Diktator, der radikale Islamisten verfolgte, und deshalb gibt es eine gewisse Beunruhigung darüber, wer in diesen Ländern letztlich die Regierung stellen wird. Es ist alles andere als klar, wer sich in Libyen durchsetzen wird, denn alles ist möglich – vom türkischen Modell des demokratischen Pluralismus über das gegenwärtige Durcheinander in Ägypten bis zu einer Theokratie nach dem Muster des schiitischen Irans oder der sunnitischen Taliban unter Einbeziehung von Al-Qaida.

Die islamistischen Milizen in Libyen sind mit Waffen und Geld u. a. direkt von Katar unterstützt worden; **Abel al-Rajazk Abu Hajar**, der zur Muslimbruderschaft (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Muslimbr%C3%BCder>) gehört, leitet den Selbstverwaltungsrat der Stadt Tripolis, in dem die Islamisten sogar die Mehrheit stellen sollen; die Ermordung des Generals **Abdul Fattah Younes**, des damaligen Chefs der Rebellenarmee (s. <http://www.nytimes.com/2011/08/03/world/africa/03libya.html>), die bereits im Mai im Osten Libyens stattfand, ist immer noch nicht aufgeklärt, wird aber den Islamisten angelastet.

Der Militärführer Belhaj ist in letzter Zeit so mächtig geworden, dass er versuchte, **Mahmoud Jibril** (s. http://topics.nytimes.com/top/reference/timestopics/people/j/mahmoud_jibril/index.html?inline=nyt-per), den in den USA ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftler

und Chef des Exekutivrats des Nationalen Übergangsrates abzusetzen, weil der die Islamisten kritisiert hatte.

Die USA und ihre NATO-Verbündeten beobachten sehr kritisch, dass ein Aufstand, in dem zunächst liberale, am Westen orientierte Kräfte dominierten, zunehmend von Islamisten mit fundamentalistischen Ansichten kontrolliert wird, die eine nach den Grundsätzen des Islams organisierte Gesellschaft wollen.

"Ich denke, dass diese Entwicklung von allen sehr aufmerksam beobachtet wird," sagte Jeffrey D. Feltman, der Staatssekretär im US-Außenministerium für Nahost-Angelegenheiten, der am Mittwoch Libyen besuchte [s. <http://www.state.gov/r/pa/ei/biog/120440.htm>]. "Vor allem die Libyer selbst diskutieren darüber." Feltman, der höchste US-Repräsentant, der Libyen seit dem Sturz Oberst Gaddafis besucht hat, ist zuversichtlich, dass Libyen einen gemäßigten Weg einschlagen wird.

"Nach unseren Gesprächen in Libyen befürchten wir nicht, dass jetzt eine bestimmte Gruppe den Erfolg einheimen kann, den das libysche Volk gemeinsam erkämpft hat."

Ali Sallabi erklärte in einem Interview, er und seine Anhänger wollten eine an islamischen Grundsätzen ausgerichtete politische Partei gründen, die in demokratischen Wahlen an die Macht zu kommen versuche. Wenn es der Partei nicht gelinge, genügend Wähler anzuziehen, dann sei das eben so.

"Das ist eine Revolution des Volkes, und alle Libyer sind Muslime oder Islamisten," erklärte Sallabi. Auch weltlich eingestellte Libyer sind unsere Brüder."

"Auch sie haben das Recht, Vorschläge zu machen und Programme anzubieten," sagte er, "und wenn die Libyer sie wählen, habe ich keine Probleme damit. Wir glauben an die Demokratie und an den friedlichen Machtwechsel."

Viele Libyer sagen, sie seien unbesorgt. "Weil die Islamisten gut organisiert sind, scheint ihr Einfluss größer zu sein, als er in Wirklichkeit ist," meinte **Usama Endar**, ein wohlhabender Unternehmensberater aus Tripolis, der die Revolution mitfinanziert hat. "Sie haben nicht allzu viele Anhänger, und wenn sich der Staub gelegt hat, werden nur die Erfolg haben, die aufgeschlossen für Neuerungen sind und nicht mit einem Tunnelblick durch die Welt laufen, wie die Islamisten."

An einer anti-islamistischen, gegen Sallabi gerichteten Demonstration auf dem Märtyrer-Platz, die am Mittwoch stattfand, haben sich aber nur einige Dutzend Demonstranten beteiligt.

Wie viele andere erklärte auch **Aref Nayed**, der Koordinator des Stabilisierungsteams des Nationalen Übergangsrates und ein angesehener religiöser Gelehrter ist, die Revolution habe bewiesen, dass die Libyer nur eine demokratische Gesellschaft akzeptieren werden, mit der sich auch die Islamisten abfinden müssten.

"Wenn sie versuchen sollten, die Macht an sich zu reißen, werden die jungen Leute auf die Straße gehen und das verhindern," sagte Aref Nayed.

Andere befürchten aber, dass die Islamisten bereits zu mächtig geworden sind – trotz des fehlenden Rückhalts unter den Libyern, die mehrheitlich eine gemäßigte Form des Islams praktizieren und individuelle Freiheiten respektieren.

Um sie zu beruhigen, betonte Sallabi, die Islamisten hätten nicht vor, anderen ihre traditionellen Ansichten aufzudrängen. "Wenn die Libyer eine Frau zur Präsidentin wählen, haben wir kein Problem damit. Die Frauen können sich auch anziehen, wie sie wollen; sie sind frei."

Adel al-Hadi al-Mishrogi, ein angesehener Geschäftsmann, der den Aufstand gegen Gaddafi schon früh mit Geld unterstützt hat, ist nicht davon überzeugt, dass sich die Islamisten an demokratische Prinzipien halten werden. Er machte auf die gut organisierte, übergeordnete **Islamisten-Gruppe Etilaf** aufmerksam, die schon mehrere weltlich orientierte Gruppierungen verdrängt habe.

"Die meisten Libyer sind nicht islamistisch eingestellt, die Islamisten sind aber gut organisiert, und das ist das Problem," äußerte Mishrogi. "Auf unseren Treffen wird stundenlang geredet, es fallen aber keine Entscheidungen. Ihre Sitzungen verlaufen diszipliniert und sie kommen schnell auf den entscheidenden Punkt. Sie sind nicht besonders populär, aber straff organisiert."

Er beschwerte sich auch, dass Etilaf und Ali Sallabi jetzt darüber entscheiden, wie es in Libyen weitergeht. Andere sagen, das Bild sei viel mannigfaltiger und chaotischer, als Mishrogi annehme. Es trifft aber zu, dass die Organisation Etilaf, ohne feste Adresse und offensichtlich noch im Untergrund operierend, mancherlei Anordnungen verbreitet und so tut, als stehe die Revolution unter ihrer Führung.

"Alle Abteilungen müssen sicherstellen, dass sie innerhalb von sieben Tagen nach dieser Benachrichtigung von einer akzeptablen Person geführt werden," steht auf einem Flugblatt, das auf alle Bürotüren im Hauptkrankenhaus von Tripolis geklebt wurde; es trägt das Datum 3. September und ist einfach mit Etilaf unterzeichnet.

"Sie stecken hinter allem," betonte Mishrogi.

Youssef M. Sherif, ein angesehener libyscher Schriftsteller und Intellektueller, äußerte: "Jeden Tag werden die Islamisten stärker. Wenn ein Parlament gewählt wird, werden die Islamisten die Mehrheit bekommen."

"(Der Militärführer) Abdel Hakim Belhaj ist faktisch Gouverneur von Tripolis, weil er von einer islamistischen Miliz dazu gemacht wurde," fügte Sherif hinzu. Sich auf Diskussionen in Ägypten beziehend, forderte Sherif eine längere Übergangszeit bis zu den Wahlen als die dort geplanten acht Monate, damit die Liberalen die Chance hätten, sich besser zu organisieren.

Der wachsende Einfluss der Islamisten wird auch deutlich an ihrem zunehmenden Interesse an politischer Beteiligung. Bis vor kurzem haben sich die Islamisten sehr zurückgehalten; viele weltlich eingestellte Offizielle Libyens haben deshalb auch auf Kritik an ihnen verzichtet – mit der Begründung, erst müsse man den gemeinsamen Feind Gaddafi besiegen.

Das scheint sich jetzt zu ändern. Als kürzlich Jibril, der amtierende Regierungschef der Nationalen Übergangsrates, in Tripolis aufkreuzte und indirekt das politische Vorpreschen der Islamisten als voreilig kritisierte, weil der Krieg noch im Gange sei, dachten Belhaj und Sallabi laut über einen Ersatz für ihn nach.

"Jibril wird bald weg sein," erklärte ein Helfer Belhajs.

Sallabi hat nach einem Bericht des TV-Senders Al Jazeera Jibril und den ebenfalls in den USA ausgebildeten Finanz- und Ölminister **Ali Tarhouni** beschuldigt, Libyen in eine "neue Ära der Tyrannei und der Zwangsherrschaft" führen zu wollen.

Während der 42-jährigen Herrschaft Oberst Gaddafis bildeten Untergrundorganisationen wie Belhajs Libyan Islamic Fighting Group (Libysch-islamische Kampfgruppe) und die Muslimbruderschaft die einzige Opposition. Obwohl sie verboten waren und verfolgt wurden, verfügten sie über ein Netzwerk von Moscheen, dem die weltlich ausgerichtete libysche Regierung nichts entgegenzusetzen hatte.

Das hat ihnen jetzt auch einen Vorsprung bei der Gründung politischer Organisationen verschafft, und sie scheinen keine Zeit zu vergeuden.

"Es wird sicher Versuche (islamistischer) Parteien geben, (die Macht) zu übernehmen; das ist ganz normal," erklärte ein angesehener Vertreter des Nationalen Übergangsrates, der anonym bleiben wollte, um nicht ins Visier der Islamisten zu geraten. "Ganz bestimmt wird Etilaf versuchen, ihren Einfluss zu vergrößern. Von den Islamisten hören wir deshalb so viel mehr in den Medien, weil sie besser organisiert sind und sich häufiger zu Wort melden."

Aref Nayed stimmte dieser Aussage zu, zeigte sich aber nicht beunruhigt. "Allen, die sich darüber beklagen, sage ich: Ihr müsst euch genau so häufig äußern und genau so gut organisieren wie sie," meinte er, "und ich denke, verschiedene Jugendgruppen haben das auch schon begriffen."

Fathi Ben Issa, ein ehemaliges Etilaf-Mitglied, der bisher dem Rat in Tripolis angehörte, erklärte, er habe seinen Sitz aufgegeben, als er erfahren habe, dass die Muslimbruderschaft, die dieses Gremium beherrscht, Theater, Kinos und die bildenden Künste, die Menschen abbilden, verbieten wolle. "Sie ähneln den Taliban," sagte er. "Wir haben Gaddafi nicht vertrieben, um ihn durch solche Leute zu ersetzen." Als Etilaf eine Fatwa – also eine Verordnung – vorgeschlagen habe, die Frauen das Autofahren verbieten sollte, habe es ihm gereicht.

Die meisten Libyer scheinen zu befürchten, dass die libyschen Islamisten schon sehr bald den Weg einschlagen könnten, den der Iran gegangen ist. Dort wurde nach dem Sturz des Schahs Mohammad Reza Pahlavi eine kurzlebige liberale Regierung von Ajatollah Ruhollah Chomeini mit dem Argument abgelöst, dass die Demokratie nicht mit dem Islam vereinbar sei.

Sallabi erklärte, er hoffe, dass die Libyer einen Staatsmann wie George Washington finden könnten, über den er in letzter Zeit sehr viel gelesen habe. "Nach seinem Sieg ist Washington erst einmal auf seine Farm zurückgekehrt, obwohl in die US-Amerikaner zum Präsidenten machen wollten," führte Sallabi aus. "Washington war ein großer Mann."

Fathi Ben Issa, der nach seinem Ausstieg bei den Islamisten Todesdrohungen erhalten haben will, sagte über Sallabi: "Er verbirgt nur seine wahren Absichten. Bei der BBC sagt er andere Dinge als bei Al Jazeera. Wenn Sie ihm glauben, kennen Sie die Muslimbruderschaft nicht."

(Wir haben den Artikel, aus dem hervorgeht, dass die USA und die NATO in Libyen wahrscheinlich Islamisten an die Macht gebombt haben, die sie in Afghanistan und anderswo angeblich heftig bekämpfen, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern und Hervorhebungen versehen. Die Links in eckigen Klammern sind auch im englischen Originaltext vorhanden, den wir anschließend abdrucken.)

Islamists' Growing Sway Raises Questions for Libya

By ROD NORDLAND and DAVID D. KIRKPATRICK

September 14, 2011

TRIPOLI, Libya — In the emerging post-Qaddafi Libya, the most influential politician may well be Ali Sallabi, who has no formal title but commands broad respect as an Islamic scholar and populist orator who was instrumental in leading the mass uprising.

The most powerful military leader is now Abdel Hakim Belhaj, the former leader of a hard-line group once believed to be aligned with Al Qaeda.

The growing influence of Islamists in Libya raises hard questions about the ultimate character of the government and society that will rise in place of Col. Muammar el-Qaddafi's autocracy. The United States and Libya's new leaders say the Islamists, a well-organized group in a mostly moderate country, are sending signals that they are dedicated to democratic pluralism. They say there is no reason to doubt the Islamists' sincerity.

But as in Egypt and Tunisia, the latest upheaval of the Arab Spring deposed a dictator who had suppressed hard-core Islamists, and there are some worrisome signs about what kind of government will follow. It is far from clear where Libya will end up on a spectrum of possibilities that range from the Turkish model of democratic pluralism to the muddle of Egypt to, in the worst case, the theocracy of Shiite Iran or Sunni models like the Taliban or even Al Qaeda.

Islamist militias in Libya receive weapons and financing directly from foreign benefactors like Qatar; a Muslim Brotherhood figure, Abel al-Rajazk Abu Hajar, leads the Tripoli Municipal Governing Council, where Islamists are reportedly in the majority; in eastern Libya, there has been no resolution of the assassination in July of the leader of the rebel military, Gen. Abdul Fattah Younes, suspected by some to be the work of Islamists.

Mr. Belhaj has become so much an insider lately that he is seeking to unseat Mahmoud Jibril, the American-trained economist who is the nominal prime minister of the interim government, after Mr. Jibril obliquely criticized the Islamists.

For an uprising that presented a liberal, Westernized face to the world, the growing sway of Islamists — activists with fundamentalist Islamic views, who want a society governed by Islamic principles — is being followed closely by the United States and its NATO allies.

"I think it's something that everybody is watching," said Jeffrey D. Feltman, assistant secretary of state for Near Eastern affairs, visiting here on Wednesday. "First of all the Libyan people themselves are talking about this." The highest-ranking American official to visit Libya since Colonel Qaddafi's fall, Mr. Feltman was optimistic that Libya would take a moderate path.

"Based on our discussions with Libyans so far," he said, "we aren't concerned that one group is going to be able to dominate the aftermath of what has been a shared struggle by the Libyan people."

Mr. Sallabi, in an interview, made it clear that he and his followers wanted to build a political party based on Islamic principles that would come to power through democratic elections. But if the party failed to attract widespread support, he said, so be it.

“It is the people’s revolution, and all the people are Muslims, Islamists,” Mr. Sallabi said. Secularists “are our brothers and they are Libyans.”

“They have the right to offer their proposals and programs,” he said, “and if the Libyan people choose them I have no problem. We believe in democracy and the peaceful exchange of power.”

Many Libyans say they are not worried. “The Islamists are organized so they seem more influential than their real weight,” said Usama Endar, a management consultant who was among the wealthy Tripolitans who helped finance the revolution. “They don’t have wide support, and when the dust settles, only those with large-scale appeal, without the tunnel vision of the Islamists, will win.”

Yet an anti-Islamist, anti-Sallabi rally in Martyrs’ Square on Wednesday drew only a few dozen demonstrators.

Many, like Aref Nayed, coordinator of the Transitional National Council’s stabilization team and a prominent religious scholar, say that the revolution had proved that Libyans would not accept anything but a democratic society, and that the Islamists would have to adapt to that.

“There will be attempts by people to take over, but none of them will succeed because the young people will go out on the streets and bring them down,” Mr. Nayed said.

Some are concerned that the Islamists are already wielding too much power, particularly in relation to their support in Libyan society, where most people, while devout, practice a moderate form of Islam in which individual liberties are respected.

Mr. Sallabi dismissed those fears, saying Islamists would not impose their traditionalist views on others. “If people choose a woman to lead, as president, we have no problem with that. Women can dress the way they like; they are free.”

Adel al-Hadi al-Mishrogi, a prominent businessman who began raising money for the anti-Qaddafi insurgents early in the revolution, is not convinced by the Islamists’ declarations of fealty to democratic principles. He pointed to a well-organized Islamist umbrella group, Etilaf, which he said had pushed aside more secular groupings.

“Most Libyans are not strongly Islamic, but the Islamists are strongly organized, and that’s the problem,” Mr. Mishrogi said. “Our meetings go on for hours without decisions. Their meetings are disciplined and right to the point. They’re not very popular, but they’re organized.”

He complains that Etilaf and Mr. Sallabi are the ones who are really running things in Libya now. Others say the picture is much more diverse and chaotic than Mr. Mishrogi suggests, although it is true that Etilaf, with no fixed address and still apparently operating underground, continues to issue decrees of all sorts as if it were some sort of revolutionary guide.

“All offices here must make sure that they are headed by an acceptable person within seven days of this notice,” read a leaflet pasted to the doors of offices throughout Tripoli Central Hospital, dated Sept. 3 and signed, simply, Etilaf.

“They are behind everything,” Mr. Mishrogi said.

Youssef M. Sherif, a prominent Libyan writer and intellectual, said: "Every day the Islamists grow stronger. When there is a parliament, the Islamists will get the majority."

"Abdel Hakim Belhaj is in effect the governor of Tripoli just because he was elected by an Islamist militia," Mr. Sherif said. Echoing debates in Egypt, Mr. Sherif argued for a longer transition to elections than the planned eight months, to give liberals a better chance to organize.

The growing influence of the Islamists is reflected in their increased willingness to play a political role. Until recently the Islamists have kept a low profile, and even many secular Libyan officials have expressed a reluctance to criticize them, saying they should focus instead on the common enemy while Colonel Qaddafi remains on the loose.

That seems to be changing. After the interim government's acting prime minister, Mr. Jibril, appeared recently in Tripoli and indirectly criticized politicking by the Islamists as premature with a war still in progress, Mr. Belhaj and Mr. Sallabi began agitating for his replacement.

"Jibril will be gone soon," one aide to Mr. Belhaj said.

And Mr. Sallabi said that Mr. Jibril, along with the American-educated finance and oil minister, Ali Tarhouni, were ushering in a "new era of tyranny and dictatorship," Al Jazeera reported.

During the 42 years of Colonel Qaddafi's rule, underground organizations like Mr. Belhaj's Libyan Islamic Fighting Group and the Muslim Brotherhood were the only opposition. Although outlawed and persecuted, they had a network through mosques that secular opponents of the government could not match.

That has also given them a head start in political organizing now, and they appear to be wasting no time.

"There will be attempts by some parties to take over; it's only natural," said one prominent official with the Transitional National Council, who spoke anonymously so as not to alienate Islamists. "And definitely Etilaf is trying to increase its influence. And we're hearing much more from the Islamists in the media because they are more organized and they are more articulate."

Mr. Nayed conceded that might be true, but was unconcerned. "My answer to anyone who complains about that: You must be as articulate as they are and as organized as they are," he said. "And I think we're starting to see that among various youth groups."

Fathi Ben Issa, a former Etilaf member who became an early representative on the Tripoli council, said he quit his position after learning that the Muslim Brotherhood members who dominate that body wanted to ban theater, cinema and arts like sculpture of the human form. "They were like the Taliban," he said. "We didn't get rid of Qaddafi to replace him with such people." The final straw, he said, came when Etilaf began circulating a proposed fatwa, or decree, to bar women from driving.

Most Libyans are quick to bristle at suggestions that their own Islamists might one day go the way of Iran, where after the fall of Shah Mohammed Reza Pahlavi, Ayatollah Ruhollah Khomeini stomped out a short-lived liberal government by denouncing democracy as un-Islamic.

Mr. Sallabi said he hoped Libyans could find a leader on the model of George Washington, whom he had been reading about lately. "After his struggle he went back to his farm even though the American people wanted him to be president," Mr. Sallabi said. "He is a great man."

Referring to Mr. Sallabi, Mr. Ben Issa, who said he has received death threats since breaking with the Islamists, retorted: "He is just hiding his intentions. He says one thing to the BBC and another to Al Jazeera. If you believe him, then you don't know the Muslim Brothers."

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern